

prägnant 11

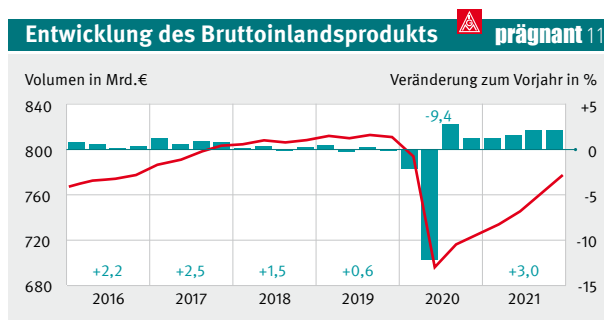
JULI 2020

CORONA PANDEMIE: WIRTSCHAFTLICHE FOLGEN UND WEGE AUS DER KRISE

Die Corona Pandemie und der dazugehörige Shutdown des öffentlichen Lebens und großer Teile der Wirtschaft haben zu einem beispiellosen Konjunkturreinbruch im 1. Quartal 2020 geführt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 1. Quartal 2020 gegenüber dem 4. Quartal 2019 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 2,2 Prozent gesunken. Die Exporte schrumpften im 1. Quartal preisbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 3,1 Prozent.

Für das 2. Quartal erwarten die Institute einen noch stärkeren Einbruch der Wirtschaftsleistung. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnet mit einem Konjunkturreinbruch um 6,5 Prozent in diesem Jahr. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet für das gesamte Jahr 2020 mit einem noch dramatischeren Einbruch der Wirtschaftsleistung.

Die Berliner Ökonomen vom DIW erwarten einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um voraussichtlich mehr als 9 Prozent. Darüber hinaus prognostizieren sie eine eher langsame Erholungsphase der deutschen Wirtschaft, die mit einem U-förmigen Verlauf beschrieben werden kann. Einem scharfen Einbruch folgt eine längere Durststrecke, bevor sich die Wirtschaft langsam wieder erholt. Große Teile der Metall- und Elektroindustrie sind stark vom Export abhängig. Hier rechnen die DIW Forscher mit einem Rückgang bei den Warenausfuhren von über 16 Prozent. In den Bundesländern mit bedeutender Automobil- und Zuliefererindustrie sind besonders viele Beschäftigte in Kurzarbeit. Bundesweit geht das Ifo-Institut von 7,3 Millionen Kurzarbeitern im Mai 2020 aus. Es bezieht sich dabei auf Beschäftigte, die tatsächlich in Kurzarbeit sind. Für mehr als 10 Millionen Beschäftigte wurde Kurzarbeit angezeigt.

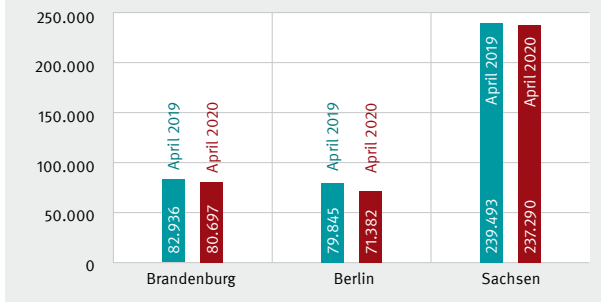


Quelle: DIW Wochenbericht 24/2020

Auch in Berlin, Brandenburg und Sachsen meldeten die Industrieunternehmen deutliche Rückgänge vor allem beim Umsatz und teilweise bei der Beschäftigung: Die Umsätze der 340 **Berliner Industriebetriebe** mit 50 und mehr tätigen Personen sanken im April 2020 um 2,3 Prozent. Die Beschäftigtenzahl sank per Jahresfrist um 10,6 Prozent auf 71 382.

Beschäftigte in der Industrie

prägnant



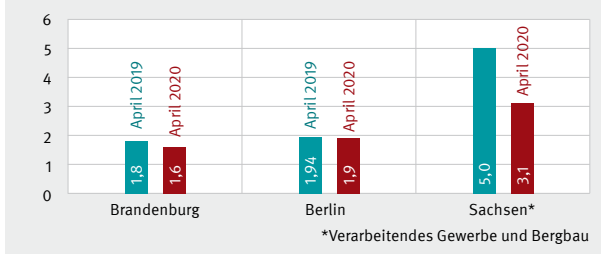
Quelle: Statistische Landesämter Sachsen und Berlin-Brandenburg

Auch für die 445 **Brandenburger Industriebetriebe** mit 50 und mehr Beschäftigten gingen die Umsätze im April 2020 um deutliche 22,3 Prozent zurück. Die Zahl der Beschäftigten sank gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,7 Prozent auf 80.697.

Auch in **Sachsen** ist die Industrie im Zuge der Corona Krise in schwieriges Fahrwasser geraten, was sich glücklicherweise bisher noch nicht in einem deutlichen Abbau von Industriearbeitsplätzen zeigt. Dennoch: Der Gesamtumsatz in Sachsens Industriebetrieben ging von April 2019 zu April 2020 um 38,1 Prozent zurück. Die Zahl der Arbeitslosen in allen sächsischen Wirtschaftsbereichen stieg im gleichen Zeitraum um über 10 Prozent.

Monatsumsatz der Industrie in Mrd. €

prägnant 11



Quelle: Statistische Landesämter Sachsen und Berlin-Brandenburg

Die Anzeigen auf Kurzarbeit haben in den vergangenen Wochen mit mehr als 10 Millionen Betroffenen bundesweit neue Höchststände erreicht. Auch wenn die tatsächliche Kurzarbeit die angezeigte Kurzarbeit wahrscheinlich unterschreiten wird, ist diese Entwicklung beispiellos.

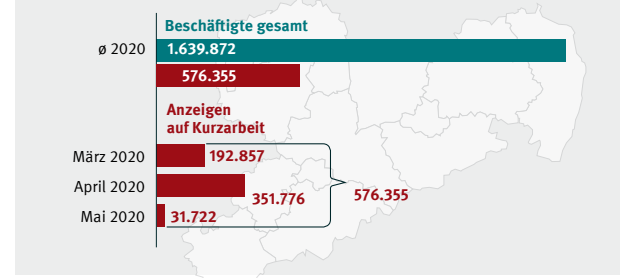
Mit Wumms aus der Krise?

Vor dem Hintergrund der sehr schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung waren die Soforthilfen des Bundes und der Länder richtige und wichtige Maßnahmen. Liquiditätshilfen und Darlehen für Kleinunternehmen, unbegrenzte Kredite, Steuerstundungen, Rettungsschirme bis zur möglichen Verstaatlichung großer Unternehmen und deutliche Erleichterung des Zugangs zu Kurzarbeit. Diese Maßnahmen von Bund und Ländern waren und sind zu begrüßen.

In Sachsen sind die Anzeigen auf Kurzarbeit seit März 2020 durch die Decke gegangen. Demnach wurde für mehr als 35 Prozent aller sächsischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Kurzarbeit angezeigt. Die tatsächliche Inanspruchnahme kann jedoch deutlich geringer ausfallen.

Beschäftigte in Sachsen

prägnant 11

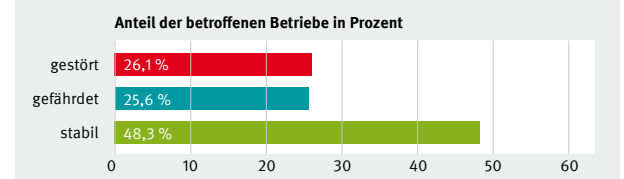


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

In der gegenwärtigen Corona-Krise ist darüber hinaus deutlich geworden, wie störanfällig die global vernetzten Lieferketten sind. Dies hat deutliche Auswirkungen auf die heimischen Unternehmen. Ein Viertel aller bundesweit befragten Unternehmen aus der Metall- und Elektroindustrie gaben kürzlich an, unter gestörten Lieferketten zu leiden. Dies ist vor dem Hintergrund der weltweiten Krise und der global vernetzten Lieferketten nicht verwunderlich, zumal die meisten Unternehmen in den letzten Jahren ihre Lagerbestände drastisch abgebaut hatten und größtenteils auf Just in time-Produktion gesetzt haben. Die Just in Time-Produktion muss, um funktionsfähig zu sein, durch eine produktionssynchrone Just in Time-Beschaffung ergänzt werden. Hier hat die Corona Pandemie, die alle Erdteile fast gleichzeitig erfasst hat, zu erheblichen Schwierigkeiten geführt.

Zustand der Lieferketten

prägnant 11



Quelle: Beirat der IG Metall | Jörg Hofmann | 16.06.2020, Frankfurt a.M.



Unternehmen, die eine Staatsbeteiligung in Anspruch nehmen, sollen insbesondere einen Beitrag zur Stabilisierung von Wertschöpfungsketten, und Beschäftigungs- und Standortsicherungsgarantien leisten. Dies fordert die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen u.a. auch in ihrem **4 Punkte Plan zur Sicherung des Industriestandortes Sachsen.**

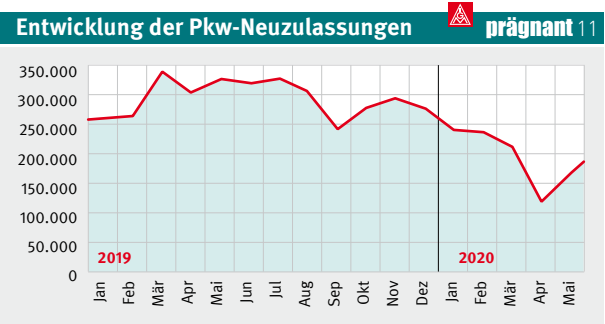
www.igmetall-bbs.de/aktuelles/meldung/ig-metall-legt-einen-4-punkte-plan-zur-sicherung-des-industriestandorts-sachsen-vor/

Damit sich die wirtschaftliche Lage möglichst rasch stabilisiert, und damit die Prognosen vielleicht doch günstiger ausfallen als beschrieben, ist nun entschlossenes politisches Handeln in Europa, im Bund und in den Ländern gefragt.

Das 130 Milliarden Euro-Konjunkturprogramm des Bundes kommt deshalb zur richtigen Zeit. Insgesamt wird das Konjunkturpaket im Idealfall dazu beitragen, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in der Krise zu sichern.

- Die **Mehrwertsteuer** wird befristet gesenkt. Vom 1. Juli an bis zum 31. Dezember 2020 soll der Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent auf 16 Prozent und für den ermäßigten Satz von 7 Prozent auf 5 Prozent gesenkt werden. Zu mehr Nachfrage und Wirtschaftswachstum führt das nur, wenn die Unternehmen die Steuer-senkung an die Kunden weitergeben, was in der Vergangenheit oft nicht der Fall war.
- Familien bekommen einen **Kinderbonus** von einmalig 300 Euro pro Kind, der mit dem Kindergeld im September und Oktober ausgezahlt werden soll. Durch die Verrechnung mit dem Kinderfreibetrag kommt der Kinderbonus Familien mit geringem und mittlerem Einkommen zugute und ist somit mit einer sozialen Komponente versehen.
- Bürger und Unternehmen sollen außerdem in der Krise bei den **Stromkosten** entlastet werden. Dafür soll die EEG-Umlage zur Förderung von Ökostrom-Anlagen ab 2021 über Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt abgesenkt werden. So soll die EEG-Umlage im Jahr 2021 bei 6,5 Cent pro Kilowattstunde und im Jahr 2022 bei 6,0 Cent pro Kilowattstunde liegen.
- Zusätzliche Unterstützung in Milliardenhöhe soll es für Branchen geben, die von der Coronakrise besonders belastet sind. Geplant sind „**Überbrückungshilfen**“ im Umfang von maximal 25 Milliarden Euro.
- Die vielfach klammen **Kommunen** werden nach Angaben der Koalition Entlastungen bekommen, aber keine Hilfen bei ihren Altschulden. Die Unterstützung der Kommunen durch Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle und dauerhafte Übernahme eines höheren Anteils der Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung hilft den angeschlagenen Kommunen, ihre Investitionsfähigkeit zu erhalten. Das ist für die vielen anstehenden Infrastrukturinvestitionen von entscheidender Bedeutung.

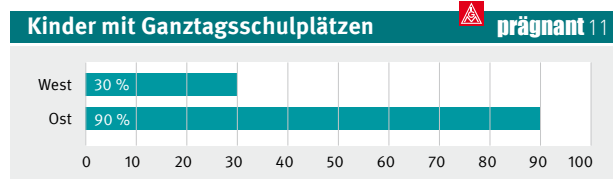
- Für **Zukunftsinvestitionen** sind 50 Milliarden Euro vorgesehen, unter anderem zur Förderung von **E-Autos** und für mehr Ladestationen. Die Ladesäuleninfrastruktur für E-Autos soll mit weiteren 2,5 Milliarden gefördert werden. Hierbei ist es wichtig, dass die Förderung rasch an private Investoren, an die Bundesländer und vor allem an die Kommunen durchgereicht wird, damit die Ladeinfrastruktur schnell ausgebaut werden kann. Der Hochlauf der Elektromobilität wird gelingen, wenn auch im Heimatmarkt Kunden mehr und flächendeckende Ladesäulen wahrnehmen.
- Eine Kaufprämie für abgasärmere Benziner und Dieselaautos der neuesten Generation findet sich in dem Paket dagegen nicht. Für **Elektroautos** sind allerdings deutlich höhere Kaufprämien vorgesehen. Bis zu einem Nettolistenpreis des E-Fahrzeugs von bis zu 40.000 Euro steigt die Förderung des Bundes von 3.000 auf 6.000 Euro. Diese Maßnahme ist befristet bis 31.12.2021. Aus Sicht der IG Metall muss es sich hierbei um das Bestelldatum und nicht um das Auslieferungs- oder Zulassungsdatum handeln. Die deutsche Automobilindustrie muss aufgrund ihrer Schlüsselrolle für Innovation, Gute Arbeit und wegen ihrer übergroßen Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft weiter unterstützt werden. Nicht zuletzt ein Blick auf die aktuellen Zahlen bei den PKW- Neuzulassungen verdeutlicht den Handlungsdruck.



Quelle: Kraftfahrtbundesamt

- Im Rahmen einer „Sozialgarantie 2021“ sollen die **Sozialversicherungsbeiträge** bei maximal 40 Prozent gedeckelt werden. Es fehlt leider eine ähnlich klare Aussage zu Leistungsgarantien. Eine Kürzungswelle bei Sozialleistungen darf es dennoch aus Sicht der IG Metall nicht geben.
- Die **Deutsche Bahn** soll vom Bund wegen Einnahmefällen ebenfalls milliardenschwere Finanzhilfen bekommen. So will der Bund laut Beschlusspapier der Deutschen Bahn weiteres Eigenkapital in Höhe von fünf Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Geplant sind außerdem Hilfen von 2,5 Milliarden Euro für den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV).

- 2 Milliarden Euro sollen in die Beschleunigung des **Ausbaus von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung** fließen. Es existieren nach wie vor große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Während im Osten mehr als 90 Prozent der Kinder einen Ganztagschulplatz haben, sind es im Westen gerade mal 30 Prozent. Besonders beim Wiederhochfahren der Produktion in den Betrieben hat sich neben der Umsetzung von neuen und umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen gezeigt, dass für die Beschäftigten eine funktionierende Kinderbetreuung von großer Bedeutung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist.



Quelle: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/milliardenzususs-fuer-den-ausbau-von-ganztagschulen-16483299.html

Nun muss das Bundeskonjunkturpaket mit einer entschlossenen politischen Steuerung durch die jeweiligen Landesregierungen umgesetzt und ergänzt werden. In Berlin, Brandenburg und Sachsen ist eine nachhaltige Industrie- und Beschäftigungspolitik gefragt. Landeskonzunkturpakete sollten zusätzlich in Erwägung gezogen werden. Die IG Metall fordert die Bundesländer Berlin, Brandenburg und Sachsen auf, landesspezifische Konjunkturpakete auf den Weg zu bringen, die als Ergänzung zum Bundesprogramm eine stimulierende Wirkung auf die Konjunktur entfalten können.

Konjunkturelle Impulse für Berlin

In Berlin, Brandenburg und Sachsen sollten die Landesregierungen ergänzend zum Bundeskonjunkturprogramm eigene Förderprogramme für den besonderen regionalen Bedarf auf den Weg bringen.

Berlin: Die IG Metall fordert, dass die aktuelle Krisenpolitik mit langfristig angelegter Strukturpolitik für Berlin verbunden wird. Damit das Potential des neuen Flughafens BER zügig genutzt werden kann, sind alle noch umzusetzenden Infrastrukturmaßnahmen rasch anzugehen, die eine verkehrliche Anbindung an die Hauptstadt, das Brandenburger Umland und auch nach Süd-Ost-Brandenburg (in die Lausitz) ermöglichen. Von besonderer Bedeutung für die strukturpolitische Gestaltung mit Langfristwirkung stellt sich die Nachnutzung des Flughafengeländes Tegel dar. Auch hier darf keine Zeit verloren gehen, damit die attraktive Rand-Innenstadtlage rasch für die Ansiedelung von Industrie und Forschung genutzt werden kann.

Berlin sollte aus Sicht der IG Metall einen Beteiligungsfonds für kleine und mittlere Unternehmen aufsetzen, wenn es für deren Eigenkapitalausstattung notwendig ist und damit die Marktposition und die Kreditwürdigkeit verbessert wird. In die Krise geratene branchenrelevante Unternehmen können mit Hilfe des Berliner Beteiligungsfonds strategische Beratung und Ressourcen für strategische Kooperationen (Unternehmen, F&E, Univeritäten) gewährt bekommen.

Förderung bzw. Beteiligung ist nur konditioniert zu gewähren. Voraussetzung sind:

- ein tragfähiges Fortsetzungskonzept/ Sanierungsgutachten,
- der Erhalt und innovative Ausbau industrie- und strukturpolitischer Kernkompetenzen,
- der Erhalt und Ausbau guter Beschäftigung,
- vorhandene bzw. anzustrebende Tarifbindung,
- tarifgerechte bzw. tarifgleiche Entlohnung,
- Leiharbeitsquote,
- Erhalt von Ausbildungsplätzen,
- Zukunftsvereinbarung zur Standort- und Beschäftigungssicherung,
- nachweislich geplante Betriebsausgaben für Qualifizierung, Standortsicherung und Forschung.

Eine hohe Relevanz zur Sicherung von Wertschöpfungsketten ist aus Sicht der IG Metall extrem wichtig. Wo der Erhalt ganzer Wertschöpfungsketten bedroht ist, braucht es rasche Lösungen. Die Verkehrs- und Energiewende müssen zusammen gedacht und zusammen umgesetzt werden. Auch in der Stadt müssen neue Energiespeichertechnologien massiv ausgebaut werden.

Investitionen zur Verkehrswende, Energieerzeugung und -verteilung, und der Ausbau des ÖPNV in Berlin müssen prioritär umgesetzt werden. Um einen Heimatmarkt für elektrische Fahrzeuge schaffen zu können, muss eine flächendeckende Ladeinfrastruktur aufgebaut werden.

Dies erfordert nicht nur die punktuelle Versorgung mit Schnellladern, sondern eine konsequente Ertüchtigung der Verteilnetze und den Ausbau von Ladeoptionen für Normallader zuhause und am Arbeitsplatz. Die Umstellung kommunaler Fuhrparke auf Elektromobilität und die Modernisierung der Busflotten des ÖPNV müssen rasch umgesetzt werden.

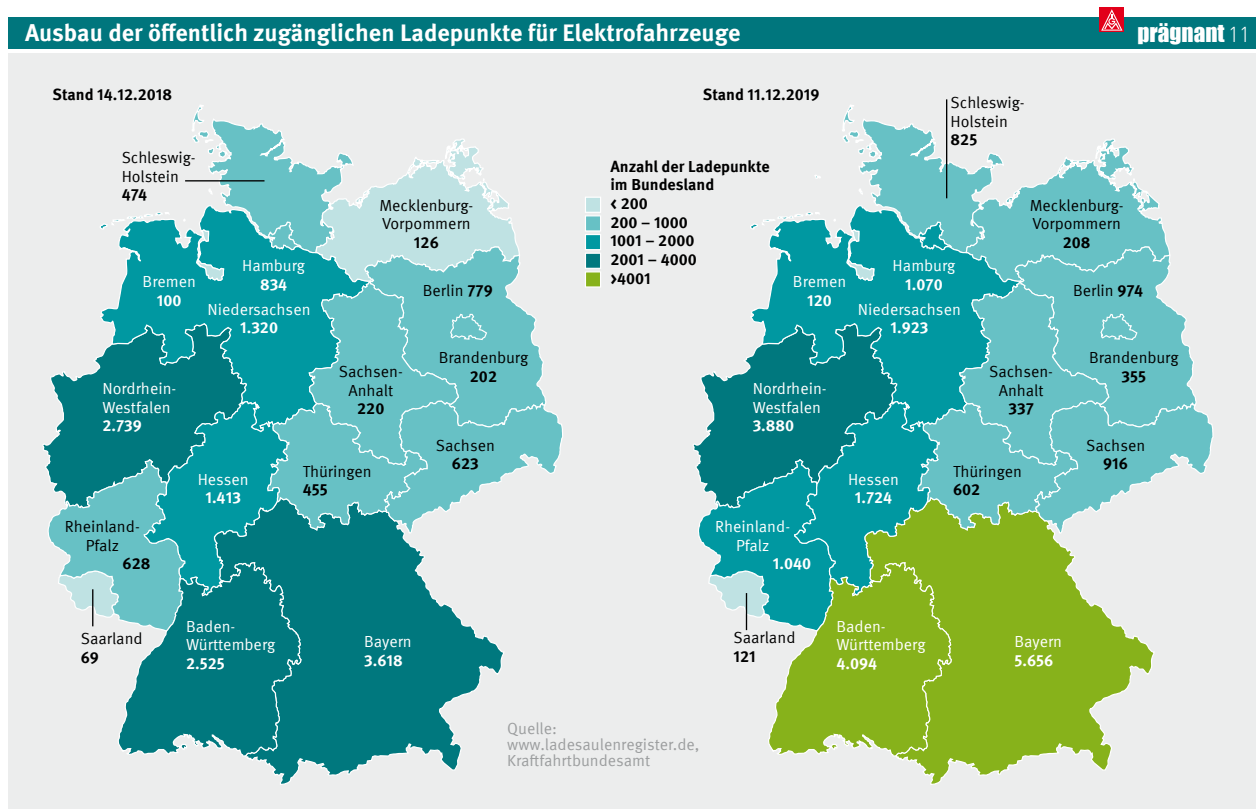
Erhebliches Potential für nachhaltiges Wachstum besteht in einer besseren Verzahnung von Berliner Industrieunternehmen, Technologieunternehmen, Start Ups und Universitäts- bzw. forschungsnahen Unternehmen. Hier ist zu prüfen, inwieweit bestehende Förderkulissen ausgeweitet werden können, um den Technologie- und Wirtschaftsstandort Berlin aufzuwerten.

Konjunkturelle Impulse für Brandenburg

Die 561 Millionen Euro ausgezahlten Soforthilfen des Landes Brandenburg an Selbständige und Unternehmen waren ein erster richtiger Schritt zur Bekämpfung der Corona Krise. Jetzt geht es darum, konjunkturelle Impulse zu setzen.

Auch in Brandenburg muss besonders aufmerksam beobachtet werden, wie sich die Liquiditätsverhältnisse und die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen entwickeln. In die Krise geratene branchenrelevante Unternehmen sollten auch in Brandenburg durch einen neu geschaffenen Brandenburger Beteiligungsfonds Hilfe bekommen können. Förderung und Beteiligung ist - wie für Berlin beschrieben - nur konditioniert zu gewähren. Um einen Heimatmarkt für elektrische Fahrzeuge auch in Brandenburg schaffen zu können, muss eine flächendeckende Ladeinfrastruktur aufgebaut werden. Dies erfordert nicht nur die punktuelle Versorgung mit Schnellladern, sondern eine konsequente

Ertüchtigung der Verteilnetze und den Ausbau von Ladeoptionen für Normallader zuhause und am Arbeitsplatz. Das neue Förderprogramm des Landes kommt deshalb zur richtigen Zeit: Das Land Brandenburg fördert die Errichtung von öffentlich zugänglichen Normal- und Schnellladepunkten mit Beträgen zwischen 3.000 und 30.000 Euro. Antragsberechtigt sind Firmen – von Supermärkten beispielsweise über Hotels bis hin zu Tankstellen – ebenso wie Kommunen. Dabei können auch mehrere Interessierte einen gemeinsamen Antrag stellen. Privatpersonen sind jedoch nicht antragsberechtigt. Anträge können bis zum 31. Oktober 2020 bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) gestellt werden. Die Förderung wird aus Mitteln des Landes und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert. Dass dringender Handlungsbedarf besteht, zeigt die Abbildung 10. Ende 2019 existierten in Brandenburg ca. 350 öffentlich zugängliche Ladepunkte für Elektroautos. Ende 2018 waren es um die 200.



Die Umstellung kommunaler Fuhrparke auf Elektromobilität und die Modernisierung der Busflotten des ÖPNV müssen auch in Brandenburg rasch umgesetzt werden. Das in Brandenburg starke Handwerk partizipiert nicht zuletzt, wenn Investitionen zur Verkehrswende, Energieerzeugung und -verteilung jetzt angegangen werden. In der Brandenburger Bauindustrie ist zur nachhaltigen Bauweise die Holzbauweise ein wichtiges Zukunftsfeld. Der Rohstoff ist regional verfügbar, regionale Wertschöpfung ist möglich, sichert und fördert Arbeitsplätze. Ein weiterer strategisch zu entwickelnder Bereich liegt im Mobilitäts- und

Verkehrsinfrastrukturbereich der Hauptstadtregion. Die Verflechtungsvorteile von Berlin und Brandenburg müssen weiter verstärkt werden. Die IG Metall begrüßt den Beschluss der Brandenburger Mindestlohnkommission, die Erhöhung des Landes-Vergabe-Mindestlohnes auf 13 Euro zu empfehlen. Durch eine rasche Umsetzung der Empfehlung durch die Landespolitik kann ein wesentlicher Baustein zur Stärkung der Konjunktur und zur Sicherung guter Arbeit vorangebracht werden. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss die private Nachfrage gestärkt werden.

Konjunkturelle Impulse für Sachsen

Gegenwärtig verschärfen sich vor allem die Risiken für die beschäftigungsstarken Kernbranchen der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen. Industrielle Kerne wie die Automobilindustrie und der Maschinenbau haben mit massiven Nachfrageinbrüchen zu kämpfen, die corona-bedingt zu den schon davor bestehenden Herausforderungen der Transformation hinzukommen. In Sachsen wurde von März bis Mai 2020 von 51.000 Betrieben Kurzarbeit angezeigt. Potentiell können damit bis zu 570.000 Menschen von konjunktureller Kurzarbeit betroffen sein.

Jetzt ist entschiedenes politisches Handeln in Sachsen erforderlich.

Die IG Metall begrüßt deshalb den Beschluss des Koalitionsausschusses in Sachsen vom 23.06.2020, ein Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit im Land zu gründen. Die Landesregierung hat damit eine Forderung der IG Metall aus dem 4-Punkte-Plan aufgegriffen. In Sachsen wird ein zentrales Koordinierungsgremium zur Bewältigung der Krise und zur Gestaltung nachhaltiger Transformation der sächsischen Kernbranchen geschaffen.

Darüber hinaus müssen auch die weiteren Forderungen aus dem 4-Punkte-Plan der IG Metall rasch angegangen werden, um die Konjunktur zu stabilisieren und Beschäftigung zu erhalten.

An erster Stelle ist hierbei die **Schaffung einer sächsischen Industrieholding** zu nennen:

Das Land Sachsen beteiligt sich an der Industrieholding mit 25,1 Prozent und über die Industrieholding an zu rettenden Einzelgesellschaften mit ebenfalls jeweils 25,1 Prozent und stellt ein Mitglied im Beirat und/oder Aufsichtsrat (neben Vertretern der Gesellschafter, Industrieexperten und Restrukturierungsberatern).

Die neu zu schaffende sächsische Industrieholding grenzt sich deutlich von der bestehenden sächsischen Beteiligungsgesellschaft mbH ab, die sich im Rahmen stiller Unternehmensbeteiligungen engagiert. Eine Beteiligung kann es nur mit verbindlichen Auflagen geben. Dazu gehören der Erhalt und der Ausbau guter Beschäftigung,

vorhandene oder anzustrebende Tarifbindung, tarifgerechte oder tarifgleiche Entlohnung, Leiharbeitsquote, Erhalt von Ausbildungsplätzen, Zukunftsvereinbarung zur Standort- und Beschäftigungssicherung, nachweislich geplante Betriebsausgaben für Qualifizierung, Standort-sicherung und Forschung.

Unternehmen, die für die Wirtschaftsstruktur in Sachsen besonders relevant sind und deren Fortbestand somit über die Krise hinaus zu sichern ist, kann durch die sächsische Industrieholding geholfen werden, ihr Knowhow und ihre Marktpräsenz zu erhalten. Unternehmen, die unter den Schuttschirm der neuen sächsischen Industrieholding treten, sollen insbesondere einen Beitrag zur Stabilisierung von Wertschöpfungsketten und zur Sicherung von Arbeitsplätzen leisten. Die Holding hilft, gute Beschäftigung zu sichern und perspektivisch auszubauen, sie verhindert eine Branchenerosion sowie Abwanderung und Kompetenzabfluss in andere Regionen.

Darüber hinaus geht es jetzt um die Zukunft:

Auch die betriebliche Ausbildung muss flächendeckend erhalten bleiben und gestärkt werden. Der Schuttschirm für Ausbildung, den das Bundeskabinett am 24.06.2020 auf den Weg gebracht hat, kommt gerade noch rechtzeitig vor dem Start des neuen Ausbildungsjahrs. Er kann helfen, den Corona-Einbruch auf dem Ausbildungsmarkt abzumildern. Die IG Metall drängt seit Beginn der Krise auf umfassende Hilfen für Jugendliche und Ausbildungsbetriebe, viele gewerkschaftliche Vorschläge finden sich nun im 500-Millionen-Euro-Paket der Bundesregierung wieder. Unternehmen, die Auszubildende aus insolventen Firmen übernehmen und sie weiter ausbilden, erhalten künftig eine Prämie. Betriebe werden auch gefördert, wenn sie im Verbund ausbilden – das heißt, die Auszubildenden lernen dann nacheinander in zwei oder mehreren Betrieben. Und Firmen, die stark von Kurzarbeit betroffen sind, ihre Auszubildenden und das Ausbildungspersonal aber nicht in Kurzarbeit schicken, bekommen ebenfalls eine Förderung. Das ist ein gutes Paket und sendet ein deutliches Signal an Ausbildungsbetriebe und Jugendliche: Wir kämpfen um jeden Ausbildungsplatz.

Schließlich muss der Freistaat Sachsen in weiten Bereichen jetzt klotzen anstatt zu kleckern. Dazu gehören:

- Den Ausbau der Erneuerbaren Energien stärker fördern und Kopplung mit Maßnahmen des Kohleausstiegs (Windenergie, Photovoltaik, Wasserstoff-Technologien)
- Die Dekarbonisierung von Schlüsselindustrien wie beispielsweise der Stahlindustrie gezielt fördern, zum Beispiel durch eine beschleunigte Umstellung des Strommixes der Unternehmen auf einen größeren Anteil grünen Stroms. Dazu gehören der (gezielt geförderte) Ausbau von Speichertechnologien und der rasche Ausbau der Stromnetze.
- systematische Anbindung der Betriebe an den ÖPNV auch zu den dort üblichen Schichtzeiten, stärkere Orientierung der ÖPNV-Streckenbindung an den Pendlerströmen
- kurzfristig wirksames, ergänzendes und aufstockendes Landesförderprogramm in 2021 und 2022 zum Ausbau von Lade-Infrastrukturen für alternative Antriebe (E-Mobilität und Wasserstoff)
- verstärkter Umbau der Dienstwagenflotte des Freistaates auf Fahrzeuge der neuesten Abgasnormen bzw. Elektrofahrzeuge.

Die Corona Pandemie und die beispiellose Rezession zeigen, dass Beschäftigungs- und Standortsicherung, der Erhalt ganzer Wertschöpfungsketten und der Aufbau einer europäischen technologischen Souveränität in Schlüsselindustrien jetzt auf der Tagesordnung stehen. Dies kann gelingen, wenn die IG Metall stark bleibt und die Bundes- und Landespolitik gewerkschaftliche Forderungen umsetzt.

